

BESCHLUSS

aus der 7. Sitzung
des Kreistages
am Montag, 07.02.2022

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 4.

Bericht zum Frauenförderplan zu dem Stand 31. Dezember 2020; Berichtszeitraum 2018-2020
MI-36/2021

Landrat Schuster (SPD) stellt fest, dass die Verwaltung mehrheitlich weiblich sei. Die Anstrengungen, Führungspositionen mit Frauen zu besetzen, würden sich jährlich verbessern. Durch die Pandemie hätte sich die Zahl der befristeten Einstellungen im Bereich der Abteilung Gesundheit erhöht. Ziel, sei es Frauen und Männer gleichberechtigt zu beschäftigen und zu fördern. Er bietet an, den Frauenförderplan, an dem die Frauen- und Gleichstellungskommission maßgeblich mitgewirkt habe, in einem Ausschuss zu besprechen.

Abgeordnete L. Schäfer (CDU) lehnt die Begrifflichkeit „Frauenförderplan“ ab. Es müsse Gleichstellungsförderplan heißen, da Männer und Frauen gleichermaßen zu fördern seien. Das Ergebnis des Frauenförderplans sehe sie hinter sich und meint damit die ausschließlich männlich besetzte Verwaltungsspitze. Dies zeige, dass es seitens der Koalition versäumt worden sei, die eigenen, propagierten Ziele umzusetzen und für mehr Frauen in Führungspositionen zu sorgen. Dies zeige sich auch bei den Leitungsstellen unterhalb der Dezernenten. Im Vergleich zum Beschäftigungsanteil von Frauen in der Verwaltung (70 %) seien Frauen in Führungspositionen sogar massiv unterrepräsentiert, so dass die Einstellungspolitik des Landrates auch aus den eigenen Reihen kritisiert werde. Gleichstellung bedeute gleiche Bezahlung für gleiche Leistung und gleiche Chancen und Strukturen. Die Anzahl der Befristungen aller Beschäftigten sei da nicht zufriedenstellend (17 % gegenüber 7 % im Bundesschnitt), denn gerade Frauen würden häufig in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt (Frauenanteil 2018: 70 %, 2021: 75 %) und hätten damit weniger Sicherheit. Was die Bezahlung angehe, so seien nur wenige Frauen in den Besoldungsgruppen des gehobenen oder höheren Dienstes zu finden. Sie sehe Nachholbedarf in der Beförderungskultur und in der Frauenpolitik insgesamt.

Abgeordnete Breustedt (SPD) führt aus, dass 60 % der Beamtinnen und Beamten weiblich seien und 89 % der teilzeitbeschäftigten Beamten und Beamtinnen. Die Folge seien geringere Einzahlungen in die Rente. Diese vorwiegend weiblich besetzten Stellen würden aber auch mehr von Frauen nachgefragt. Bei den Azubis sehe der Frauenanteil mit 77 % gut aus. Bei den Bediensteten in Führungs- und Leitungspositionen, einschließlich der stellvertretenden Fachdienstleitungen, habe man beim Lahn-Dill-Kreis eine Frauenquote von 49 %. Diese sei im Berichtszeitraum sogar noch gestiegen, so dass sie vom Ende einer Ära ausgehe. Vertretungsfunktionen würden zur Wahrnehmung von Führungsverantwortung auch gezielt Frauen übertragen. Im Bereich der Ausbildungsberufe würde dort, wo Frauen unterrepräsentiert sind, gezielt ausgeschieden, dass Interesse an einer Erhöhung des Frauenanteils in diesem Bereich bestehe. An die CDU-Fraktion gerichtet erinnert sie an die Bundesministerin für Familien-, Senioren-, Frauen- und Jugendförderung, die aktiv die Einführung einer Frauenquote blockiert habe. Bei der CDU-Kreistagsliste liege die Frauenquote sogar nur auf Platz 10.

Abgeordnete Beimborn (SPD) freut sich darüber, dass sich erstmalig im Kreistag zwei Frauen sehr engagiert zum Frauenförderplan geäußert hätten. Sie weist auf die Zusammenarbeit und die

enge Abstimmung in der Frauen- und Gleichstellungskommission auch mit den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hin, auf die Frauen im Kreistag parteiübergreifend großen Wert legten. Nur auf diese Weise könne eine Verbesserung der Situation und Weiterentwicklung im Lahn-Dill-Kreis erreicht werden, auf die beide Vorrednerinnen richtigerweise hingewiesen hätten. Sie warnt davor, gegeneinander zu arbeiten.

Abgeordneter D. Steinraths (CDU) weist auf einen Vorgang aus September 2012 hin, wo die Kreisregierung die Möglichkeit gehabt habe, mit Anke Hartmann eine Frau in eine Führungsposition zu bringen. Dies sei damals mit 38 zu 37 Stimmen nicht zustande gekommen. Was die CDU-Kreistagsfraktion angehe, so habe Landrat Schuster seinerzeit mit Elisabeth Müller eine starke Gegenkandidatin gehabt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Vorsitzender Volkmann (CDU)** fest, dass der Frauenförderplan zur Kenntnis genommen worden sei.

Inhalt der Mitteilung:

Der Bericht zum Frauenförderplan (Stand 31. Dezember 2020) wird zur Kenntnis genommen.